



Ergebnisprotokoll der Mitgliederversammlung der GI Fachgruppe Verwaltungsinformatik am 16.04.2018

Ort:	Weimar, am Rande des Fachkongresses des IT-Planungsrats
Beginn:	16.04.2018, 16.00 Uhr
Ende:	16.04.2018, 18:15 Uhr
Anwesende	13
Protokoll	Sprecher

TOP 1 Begrüßung

Der Sprecher begrüßt die Anwesenden. Die Anwesenheitsliste kreist. Alle Anwesenden sind Mitglieder der Fachgruppe.

TOP 2: Protokoll der letzten Sitzung

Es gibt keine Anmerkungen zum Protokoll der letzten Sitzung. Damit ist es endgültig bestätigt.

TOP 3: Rückblick des Sprechers

Der Sprecher berichtet über die Aktivitäten seit der letzten Mitgliederversammlung, die am 18. Mai 2017 in Münster stattfand. Hier wurde er zum Sprecher der Fachgruppe gewählt. Ebenso wurden dort seine beiden Stellvertreter gewählt. Weitere Berichtspunkte:

- Workshop „E-Kompetenz in der Aus- und Fortbildung“ am 18./19. Mai 2017: Der Workshop mit ca. 25 Teilnehmern fand im Nachgang zur MEMO-Tagung in Münster statt. Als Ergebnis wurde im Oktober im Namen der Fachgruppe sowie des Nationalen E-Government Kompetenzzentrums e.V. (NEGZ) ein Positionspapier veröffentlicht: „E-Kompetenz im öffentlichen Sektor – eine Positionierung“. (https://fb-rvi.gi.de/fileadmin/gliederungen/fq-vi/GI-NEGZ_Positionspapier_E-Kompetenz_20171019_web.pdf)

Die Veröffentlichung stieß auf einige Resonanz:

- Der Sprecher der Fachgruppe führte ein Interview mit dem Deutschlandfunk für die Sendung „Computer und Kommunikation“, gesendet am Samstag, 28. Oktober.
- Die Kommune21 berichtete am 25. Oktober: http://www.kommune21.de/meldung/27548_E-Kompetenz+im+%C3%B6ffentlichen+Sektor.html
- Die GI berichtete auf der Startseite ebenfalls am 25. Oktober über das Papier.
- Das NEGZ berichtete am 27. Oktober mittels Pressemitteilung.



- Die Positionierung wurde auf der Herbsttagung des NEGZ im November 2017 in Berlin präsentiert, u.a. im Science Slam: https://www.youtube.com/watch?v=QpuEkd_SD94
- Auf dem Fachkongress des IT-Planungsrats wird/wurde ein Workshop zum Thema „E-Kompetenz“ am 17.4. mit ca. 80 Teilnehmern durchgeführt.
- Der Sprecher und die Stellvertreter bereiten die nächste Fachtagung vor, die 2019 in Münster stattfinden wird (siehe TOP7).

TOP 4: Rückblick auf Aktivitäten von Leitungsgremiumsmitgliedern

Frau Lück-Schneider berichtet zunächst vom Zustandekommen und den Inhalten ihres ausgesprochen positiv erlebten Praxissemesters beim Bundesministerium der Verteidigung im Referat I 3 der 2016 neu gegründeten Abteilung Cyber/Informationstechnik. Berliner ProfessorInnen können auf Basis des Berliner Hochschulgesetzes alle vier Jahre entweder ein Forschungs- oder ein Praxissemester beantragen. Die Zeit konnte umfassend zur vertieften Auseinandersetzung mit dem Themenfeld IT-Architekturmanagement sowie zum Expertenaustausch genutzt werden. Darüber hinaus erhielt sie einen Einblick in die Arbeitsweise des Ministeriums und die Strukturen des gesamten Geschäftsbereichs des Ministeriums.

Zudem informiert sie darüber, dass zum Wintersemester 2017/18 erstmals 20 Studienplätze des Studiengangs Verwaltungsinformatik an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin durch Stipendien des Landes Berlin gefördert wurden. Dies hat die Bewerbungslage für diesen Studiengang deutlich verbessert. Zugleich wurde mit der Senatsverwaltung an einer Lösung gearbeitet, die den Graduierten ab dem aktuellen Abschlussjahrgang einen Weg in die Verbeamtung im Land Berlin (in Verbindung mit einem Trainee-Jahr) ermöglicht. Das Stipendienmodell wird zum Winter 2018/19 erneut aufgesetzt. Die StipendiatInnen sind während ihres Studiums bestimmten Dienststellen im Land zugeordnet und sammeln hier während ihres Studiums schon wertvolle Praxiserfahrungen.

Herr Hünemohr berichtet, dass die Hochschule Rhein-Main zum kommenden Wintersemester einen neuen Studienschwerpunkt E-Government und Verwaltungsinformatik in bestehendem Studiengang Wirtschaftsinformatik / Angewandte Informatik für 25 Studierende pro Jahrgang einrichten wird. Für den Studiengang gilt eine Regelstudienzeit von 7 Semestern bei einer 4/1-Tage-Regelung Theorie/Praxis, als Praxispartner fungiert die HZD, (neue Stellen bei Praxispartner und Hochschule). Eine Prüfung als Fachinformatiker wird zusätzlich möglich sein, ferner ist ein dualer Masterstudiengang geplant.

Herr Brinkhoff berichtet kurz über die besonderen Herausforderungen der Informationssicherheit im Bereich der Gebäudeleittechnik.



Herr Rätz berichtet über den durchgeführten regionalen Fachaustausch in Dresden im Rahmen der Fachgruppe Verwaltungsinformatik. Thema des Austausches war die EU-Datenschutzgrundverordnung. Weitere Termine im halbjährlichen Rhythmus sind angedacht.

Herr von Lucke ist terminlich leider verhindert, hat dem Sprecher der Fachgruppe aber einen schriftlichen Bericht für die Versammlung zukommen lassen:

Sehr geehrte Mitglieder der Fachgruppe Verwaltungsinformatik,

durch einen einstimmigen Beschluss der Fachgruppe vertrete ich die Interessen der Fachgruppe im Namen der Gesellschaft für Informatik e.V. im Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland, der sich derzeit in Open Government Netzwerk (#OGPDE) umbenennt. Dieser Arbeitskreis bündelt die Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Rahmen der deutschen Mitwirkung an der Open Government Partnership (OGP).

Die Bundesregierung hat im Dezember 2016 ihren Beitritt zur internationalen Open Government Partnership bekundet. Im ersten Halbjahr 2017 wurden zur Erarbeitung eines ersten Nationalen Aktionsplans Workshops innerhalb der Bundesverwaltung und mit Vertretern der Zivilgesellschaft durchgeführt. Im März 2017 wurden von der Zivilgesellschaft 270 Vorschläge in 10 übergreifenden Handlungsfeldern und 20 ressortbezogenen Themenfeldern eingereicht, an deren Erstellung ich als Vertreter der Fachgruppe maßgeblich beteiligt war. Zum Abschluss der eigenen Beratungen beschloss die alte Bundesregierung im August 2017 einen ersten Nationalen Aktionsplan (NAP: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2017/ogp-aktionsplan.html>) mit 15 Verpflichtungen verschiedener Bundesressorts. Zur Umsetzung wurde von der Bundesverwaltung ein Berichtswesen aufgebaut: https://www.verwaltung-innovativ.de/DE/Internationales/OGP/berichtswesen/berichtswesen_node.html

Derzeit laufen erste Vorbereitungen zur Erarbeitung des 2. Nationalen Aktionsplans, an dem auch Länder und Kommunen beteiligt werden sollen. Auf der Sitzung des IT-Planungsrats in Weimar am 16.04.2018 ist vorgesehen, das Prozedere zu beschließen, ohne dass das Open Government Netzwerk darin eingebunden ist. Aus vertrauenswürdigen Quellen, aber ohne externe Rückbestätigung, habe ich erfahren, dass künftig nur noch Verpflichtungen (von Bund, Ländern und Kommunen) berücksichtigt werden sollen, die das Ergebnis eines partizipativen Prozesses sind und explizit für den OGP-Prozess entwickelt wurden. Die Teilnahme am nationalen OGP-Prozess bleibt weiter freiwillig.

Der 2. Nationale Aktionsplan soll aus einem Bundeskapitel und einem föderalen Kapitel (mit Verpflichtungen von Ländern und Kommunen) bestehen. Über deren Zusammensetzung und Verbindlichkeit entscheiden Bund und Länder in eigener Hoheit. Das föderale Kapitel soll über den IT-Planungsrat beschlossen werden. Die OGP empfiehlt



ab 2018 nationale Aktionspläne auf 20 Verpflichtungen zu begrenzen. Pragmatisch ist davon auszugehen, dass maximal 15 Verpflichtungen über den IT-Planungsrat eingebracht werden.

Derzeit sieht es so aus, als ob die Zuständigkeiten für die Koordinierung der Open Government Aktivitäten im Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat verbleiben und somit nicht auf das Bundeskanzleramt und die Staatsministerin für Digitalisierung übertragen werden. Ob dies über die laufende Legislaturperiode auch so bleibt, vermag ich an dieser Stelle nicht abschließend zu bewerten. Im Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung zu den Verpflichtungen aus der internationalen Open Government Partnership und kündigt an regionale Open Government Labore zu ermöglichen. Das sind durchaus positive Zeichen.

Persönliche freue ich mich über diese Schritte in Deutschland, die mit Blick auf die bereitgestellten Haushaltsmittel und die personelle Stellenbesetzung auf Seiten des BMI als wertvoll betrachtet werden müssen. In meiner Rolle als Vertreter der Fachgruppe Verwaltungsinformatik sehe ich es als Aufgabe an, das Netzwerk und das Bundesministerien des Innern immer wieder auf die Grundsätze eines offenen Regierungs- und Verwaltungshandelns hinzuweisen und mehr Engagement einzufordern. Derzeit finden telefonische Treffen zur #OGPDE im Monatsrhythmus statt. Ein über Stellen und Budget finanziertes Koordinierungsbüro für die Zivilgesellschaft sowie eine dauerhafte Reisekostenerstattung gibt es nicht. Aktivitäten sollen aus Sicht des Bundes ehrenamtlich erbracht werden. Weiter bleibt es mir ein besonderes Anliegen, dass verwaltungsseitig Kompetenzen über Fachgruppen von Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen zu den Themen aufgebaut werden und diese Akteure sich regelmäßig in Arbeitskreisen mit der Zivilgesellschaft austauschen. Auch hier besteht noch viel Potential für Verbesserungen.

Mich freut es, dass sich die Mitglieder der Fachgruppe in den kommenden Monaten vor Ort und in den Ländern persönlich einbringen können, um neue Vorhaben für den 2. Nationalen Aktionsplan zu initiieren und umzusetzen. Engagieren Sie sich bitte mit Ihrer Kompetenz und Ihrem Netzwerk. Jetzt ist die Zeit, dauerhafte Akzente für ein offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln zu setzen.

Und bitte entschuldigen Sie, dass es mir wegen Lehrverpflichtungen in Friedrichshafen dieses Jahr nicht möglich sein wird, den Termin in Weimar persönlich wahrzunehmen. Ich hoffe, dass ich sie so dennoch auf dem laufenden Stand halte.

Mit den besten Grüßen

Jörn von Lucke



TOP 5: Wahl des Leitungsgremiums

Für die Neu-/Wiederwahl des Leitungsgremiums der Fachgruppe stellen sich – neben dem Sprecher und den beiden Stellvertretern – zur Wahl:

- Brinkhoff, Uwe
- Engel, Andreas
- Gilge, Steffen
- Göbel, André
- Hofmann, Sara
- Hünemohr, Holger
- Kaiser, Siegfried
- Kern, Andrea
- Krebs, Irene
- Krins, Tanja
- Landsberg, Willy
- Lück-Schneider, Dagmar
- Von Lucke, Jörn
- Sauerbrey, Heino
- Schenk, Birgit
- Steinmetz, Ulf
- Stocksmeier, Dirk
- Traunmüller, Roland
- Uthe, Anne-Dore
- Wimmer, Maria

Die Versammlung einigt sich auf eine offene Wahl im Block. Die zur Wahl stehenden KandidatInnen werden allesamt einstimmig ins Leitungsgremium gewählt.

TOP 6: Diskussion über thematische Schwerpunkte der FG

Folgende Themenvorschläge wurden im Vorfeld eingebracht:

- Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf unsere Gesellschaft, insb. die öffentlichen Verwaltungen als Fokus unserer FG? (Was kann sie, was darf sie alles beeinflussen und wie wirkt die technologische Entwicklung auf das Gefüge der öV?)
- Suche nach Anwendungsmöglichkeiten der Technologien der Zukunft vs. Notwendigkeit, angemessene und zukunftsfähige Lösungen für die kommunale Praxis von heute und morgen
- Datenschutz und Datensicherheit



Die Themen werden in der Versammlung, insb. auch im Zusammenhang mit der nächsten Fachtagung, diskutiert, siehe TOP 7. Neben den genannten Themen, die z.B. in Arbeitsgruppen oder Workshops der Fachgruppe vertieft werden können/sollen, wurde auch das Thema Forschungs-/Forscherlandschaft in die Diskussion eingebracht. Die mangelnde Größe und damit geringe Schlagkräftigkeit sowie Zersplitterung sollte aus Sicht der Versammlung im politischen Raum angesprochen und diskutiert werden mit dem Ziel, die Themen der Verwaltungsinformatik zentraler und präsenter zu platzieren, auch und vor allem mit entsprechend nötiger Förderung.

TOP 7: Fachtagung 2019

Die nächste Fachtagung Verwaltungsinformatik wird am Mittwoch/Donnerstag den 6./7. März 2019 in Münster stattfinden. Wesentliche Anpassungen/Neuerungen:

- Tagung von Mittwochmittag bis Donnerstagnachmittag, so dass nur eine Übernachtung nötig ist, um am gesamten Programm teilzunehmen.
- Die FTVI wird wieder gemeinsam mit der Rechtsinformatik (FTRI) durchgeführt.
- Ziel, mehr/weitere offene Diskussionsformate (Fishbowlesession etc.) einzubringen.
- Platzierung eines Studierendentracks
- Folgende Themenbereiche werden vorgeschlagen:
 - Digitale Infrastrukturen und IT-Architekturen
 - Service- und Prozessmanagement
 - Datenschutz und IT-Sicherheit / Informationssicherheit
 - Offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln (Open Government)
 - E-Bürgerbeteiligung, E-Zusammenarbeit und Open Innovation
 - Neue Kompetenzen zur Digitalisierung von Staat und Verwaltung
 - Status quo und Praxisimplikationen von Verwaltungs- und Rechtsinformatik

In der Versammlung werden explizit noch die Themenbereiche „Forschungslandschaft / Forschungslandkarte“ angesprochen, dies wird unter „Status quo und Praxisimplikationen von Verwaltungs- und Rechtsinformatik“ mit entsprechenden Unterpunkten adressiert. Ferner wird angeregt, explizit zu „visionären“ Themenbeiträgen aufzurufen. Die Anregungen werden bei der weiteren Ausarbeitung des Call for Papers berücksichtigt.

Ferner bittet der Sprecher um aktive Mitarbeit im Programmkomitee der Tagung und drückt seinen Wunsch aus, dass insb. die Mitglieder im Leitungsgremium sich in das Programmkomitee einbringen.

TOP 8: Verschiedenes

Website der Fachgruppe



- Überarbeitung anstoßen, im CI / CMS der GI e.V. „unterschlüpfen“
- Abstimmung mit FG RI und Fachbereich nötig
- Neue Kategorie „Pressemappe“ aufnehmen

Weiteres

Vertreter des Deutschen Landkreistags und des Sächsischen Städte- und Gemeindetags bieten explizit an, die Diskussion der Themen der Fachgruppe mit kommunalen Praktikern zu unterstützen. Bei Interesse bitten beide darum, direkt auf sie zuzugehen.